

Motion**über eine Kantonsinitiative des Kantons Luzern im Flüchtlings- und Asylwesen**

eröffnet am 26. Januar 2016

Wir ersuchen den Regierungsrat, folgende Forderungen in der Form einer Kantonsinitiative an die Bundesbehörden zu richten:

1. Der Kanton ersucht die Asylbehörden des Bundes, alle Asylsuchenden und Migranten persönlich eine Zustimmungserklärung unterzeichnen zu lassen, welche die drei wichtigsten Grundrechte der Bundesverfassung, nämlich Artikel 8 (Rechtsgleichheit, Ziffern 1–4), Artikel 10 (Recht auf Leben und persönliche Freiheit, Ziffern 1–3) sowie Artikel 15 (Glaubens- und Gewissensfreiheit, Ziffern 1–4), in der Sprache des Asylsuchenden vermittelt.
2. Die Erklärung weist zudem auf das Gewaltmonopol des Staates und macht klar, dass bei Verschulden gegen die erwähnten Grundrechte mit Landesverweis zu rechnen ist.
3. Wer die Erklärung nicht unterzeichnet, verliert das Recht auf einen möglichen Asylstatus in unserem Land.

Zurzeit halten sich Asylsuchende durchschnittlich während rund 30 Tagen in einem Empfangs- und Verfahrenszentrum des Bundes auf und werden anschliessend auf die Kantone verteilt. Zu Beginn des Verfahrens wird ihnen ein Merkblatt abgegeben, das sie über ihre Rechte und Pflichten im Asylverfahren aufklärt, namentlich über die Pflichten, sich den Behörden zur Verfügung zu halten und bei der Abklärung ihres Gesuchs mitzuwirken.

Mit Blick auf eine möglichst frühe Aufklärung zur Gewaltprävention erachten wir es als nötig, auch die wichtigsten Grundwerte der Bundesverfassung bereits in diesen ersten 30 Tagen zu kommunizieren und nicht erst nach der Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone.

Meister Beat

Müller Pirmin

Zanolla Lisa

Camenisch Räto B.

Knecht Willi

Arnold Robi

Stöckli Ruedi

Gisler Franz

Graber Christian

Müller Pius

Thalmann-Bieri Vroni

Müller Guido

Bossart Rolf

Hartmann Armin

Haller Dieter

Schärli Thomas

Zimmermann Marcel

Lüthold Angela

Lang Barbara

Steiner Bernhard

Graber Toni

Troxler Jost

Winiger Fredy

Frank Reto